

Antrag E 084: Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch

Laufende Nummer: 1003

Antragsteller*in:	Gewerkschaftsrat
Status:	Angenommen in geänderter Fassung durch Änderungsantrag E 084 -Ä002 · E 084 -Ä003 · E 084 -Ä008 · E 084 -Ä010
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung durch Änderungsantrag E 084 -Ä002 · E 084 -Ä003 · E 084 -Ä008 · E 084 -Ä010
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	E 085, E 087, E 097, E 099, E 104, E 106, E 107, E 108, E 109, E 110, E 111, E 112, E 113, E 114, E 115, E 116, E 117
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik
Antragsblock:	SG E - USG E.6 Friedenspolitik - Einzelabstimmung
Blockabstimmung über die Empfehlungen der AK zu den Änderungsanträgen zu E 084	Ja: (66.381 %) 543 Nein: (33.619 %) 275 Enthaltung: 38 Gültige Stimmen: 856
Abstimmung über die Empfehlung der AK	Ja: (79.444 %) 657 Nein: (20.556 %) 170 Enthaltung: 26 Gültige Stimmen: 853
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 28 (Änderungsantrag E 084 -Ä010) - Angenommen Zeile 39 (Änderungsantrag E 084 -Ä002) - Angenommen in geänderter Fassung Zeile 83 - 85 (Änderungsantrag E 084 -Ä003) - Angenommen in geänderter Fassung Zeile 120 (Änderungsantrag E 084 -Ä008) - Angenommen

- 1 Der mittlerweile mehr als ein Jahr andauernde völkerrechtswidrige Angriffskrieg
2 Russlands auf die Ukraine hat die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung nach
3 dem Ende des Kalten Krieges massiv beschädigt und unermessliches Leid über die
4 Menschen in der Ukraine gebracht.
- 5 Unser Respekt und unsere Solidarität gehören den bedrohten Menschen in der Ukraine,
6 die mutig ihre Freiheit verteidigen. Und unser Respekt und unsere Solidarität gehören
7 auch den Menschen in Russland und Belarus, die sich mutig trotz Verhaftungen und
8 fortgesetzter Repressionen gegen diesen Krieg stellen.
- 9 ver.di lehnt Krieg als Mittel der Politik entschieden ab und verurteilt den brutalen
10 Überfall Russlands auf die Ukraine. Die Entscheidung der russischen Führung,
11 gewaltsam Grenzen zu verschieben, ihr mehrfach wiederholtes Bestreben, einem
12 großrussischen Reich wieder mehr Geltung zu verschaffen – in welchen Grenzen auch
13 immer –, ihre Bereitschaft, dafür zahllose Menschenleben unter der Zivilbevölkerung
14 in der Ukraine zu vernichten wie auch ihre eigenen Soldat*innen und Söldner*innen zu
15 opfern, ist durch nichts zu rechtfertigen oder zu relativieren: Russland muss die
16 Angriffe einstellen und seine Truppen aus der Ukraine zurückziehen. Dass Russland
17 seinen unmenschlichen Angriffskrieg unbeirrt und lediglich gebremst durch die
18 ukrainische Verteidigung fortsetzt, stellt die europäische wie auch insgesamt die
19 westliche Staatengemeinschaft und alle, die an Frieden und Sicherheit interessiert
20 sind, vor schwere Herausforderungen und Dilemmata.

21 Die Entscheidung der Europäischen Union wie auch der Bundesregierung, den russischen
22 Angriff auf die Ukraine nicht unbeantwortet zu lassen und der angegriffenen Ukraine
23 auf vielfältige Weise zu helfen wie auch Sanktionen zu verhängen, die der russischen
24 Führung die Fortsetzung des Angriffskrieges erschweren und russische Oligarchen
25 treffen sollen, die das Kriegsregime stützen, war und ist grundsätzlich richtig. Die
26 Sanktionen müssen dabei zielgenau sein, ihre Einhaltung konsequent überwacht, die
27 Wirksamkeit überprüft und evaluiert und sie müssen gegebenenfalls angepasst werden.
28 Die aktuellen Sanktionen werden diesem Anspruch jedoch nicht gerecht. Dies liegt auch
daran, dass die Vermögensverhältnisse in Europa so intransparent sind, dass es nicht
möglich ist, konsequent gegen die Vermögen russischer Oligarchen vorzugehen. ver.di
fordert deshalb Transparenz über die Vermögensverhältnisse in Deutschland und Europa
herzustellen, um konsequent die Stützen des russischen Regimes in den Fokus der
Sanktionen nehmen zu können. Sanktionen, die in erster Linie die breite Bevölkerung
treffen lehnt ver.di ab. Darüber hinaus muss Russland aufgezeigt werden, mit welchen
Schritten es zur Aufhebung der Sanktionen kommen kann. Eine Perspektive, die die
russische Wirtschaft dauerhaft schädigen will, lehnt ver.di ausdrücklich ab. Die
Erwartung, dass Russland die Angriffe sowohl auf militärische Frontlinien auf
29 ukrainischem Territorium als auch auf zivile Infrastruktur und die Bevölkerung der
30 Ukraine einstellt und sich zumindest aus ukrainischem Territorium in den Grenzen des
31 Minsker Abkommens zurückzieht, hat sich bislang nicht erfüllt.

32 Die Ukraine bei ihrer Verteidigung gegen die russischen Angriffe und ihrem Bemühen um
33 Wiederherstellung territorialer Integrität auch mit militärischem Material wie Waffen
34 aus den Reihen der NATO-Mitglieder zu unterstützen, ist völkerrechtlich zulässig und
35 eine Unterstützung der Angegriffenen, die es ihnen ermöglicht, sich weiter zu
36 verteidigen. Zugleich ergibt sich daraus für die unterstützenden Staaten wie
37 Deutschland eine besondere Verantwortung, mit Blick auf Art, Umfang und Schwere
38 gelieferten militärischen Materials, nicht selbst zu einer Kriegspartei in diesem
39 Konflikt zu werden. Die Lieferung von immer mehr und schweren Waffen macht
Deutschland immer mehr zur Kriegspartei. ver.di lehnt die Lieferung der Taurus-
Marschflugkörper an die Ukraine ab. Das Wohl der eigenen Bevölkerung darf nicht
gefährdet werden.

40 Es gibt in der Bevölkerung unterschiedliche Haltungen, die Sorgen sind unübersehbar:
41 Gewaltsame Grenzverschiebungen dürfen nicht toleriert und die Ukraine den russischen
42 Angriffen nicht schutzlos ausgeliefert werden. Das wäre auch ein fatales Signal für
43 etwaige Folgetaten oder Nachahmungen und in der Konsequenz auch eine Bedrohung für
44 Deutschland und die osteuropäischen Nachbarstaaten, aber auch für Europa insgesamt
45 und darüber hinaus. Zugleich darf es nicht zu einer weiteren Eskalation dieses
46 Krieges kommen, die die Bevölkerung in Europa oder darüber hinaus gefährdet, etwa
47 indem Russland auf die militärische Unterstützung der Ukraine mit Atomangriffen
48 reagiert. Beide Sichtweisen sind jeweils nachvollziehbare Positionen und schließen
49 sich auch nicht zwingend aus. Auch wenn sie unterschiedliche „Risikofaktoren“ in den
50 Blick nehmen – die jeweils für sich nicht in Abrede zu stellen sind –, treffen sie
51 sich in der Sorge um eine Ausweitung und Zuspitzung des Krieges und dem Wunsch nach
52 Frieden. Sie entsprechen dem Meinungsspektrum auch in der Mitgliedschaft. Diese
53 unterschiedlichen Meinungen haben ihren Platz in ver.di – ver.di steht für einen
54 respektvollen Umgang untereinander, auch bei strittigen Themen. Uns eint die
55 Ablehnung eines Denkens in rein militärischen Kategorien.

56 Der öffentliche Diskurs zum weiteren Umgang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine
57 ist gegenwärtig übermäßig fixiert auf Waffenlieferungen und militärische Lösungen in
58 Kategorien wie „Sieg“ oder „Niederlage“. Das ist problematisch, da so weder
59 Strategien der Konfliktbeilegung jenseits militärischer Gewalt in den Blick genommen
60 werden, noch eine Verständigung darüber in Gang kommt, wie eine längerfristig
61 tragfähige europäische Sicherheits- und Friedensordnung mit Russland jenseits einer
62 Auf- und Hochrüstungsspirale gegenseitiger Abschreckung aussehen kann. ver.di fordert
63 die Bundesregierung, die EU und die internationale Staatengemeinschaft auf, alle
64 diplomatischen Bemühungen zu unternehmen, das Töten und die Vergewaltigung von
65 Menschen in der Ukraine so schnell wie möglich zu beenden und Perspektiven für
66 Frieden und Sicherheit in der Region und Europa insgesamt zu erarbeiten.

67 Russlands Angriff auf die Ukraine hat in Deutschland auch eine Debatte über die
68 zukünftige Ausrichtung und Ausrüstung der Bundeswehr eröffnet. Angesichts der
69 Erkenntnis, dass es auch im 21. Jahrhundert mitten in Europa zu weitreichenden
70 militärischen Bedrohungen kommen kann, rücken die Fähigkeiten der Bundeswehr zur
71 Landes- und Bündnisverteidigung in den Vordergrund, die Frage von internationalen
72 Auslandseinsätzen demgegenüber in den Hintergrund. ver.di organisiert viele
73 Zivilbeschäftigte bei der Bundeswehr und auch Soldat*innen und tritt für eine
74 Bundeswehr ein, die eine demokratisch kontrollierte Parlamentsarmee bleibt, ihrem
75 grundgesetzlichen Auftrag als Verteidigungsarmee gerecht werden kann und die im
76 Grundgesetz verankerte Trennung ziviler Wehrverwaltung und militärischer Organisation
77 zwingend beachtet. Das ist eine Bundeswehr, die sich als Arbeitgeberin umfassend an
78 Tarifverträge hält, die Regeln der Mitbestimmung einhält und bei der alle
79 Beschäftigten, einschließlich der Soldat*innen so ausgestattet sind, dass sie ihre
80 Aufgaben erfüllen können. Dabei ist der Soldat*innenberuf kein Beruf wie jeder
81 andere, weshalb es eine besondere Sensibilität in der Bewerbung und öffentlichen
82 Darstellung der Bundeswehr bedarf. Dazu gehört auch, dass keine Werbung der
83 Bundeswehr unter Minderjährigen erfolgt. [Keine Kooperation von Schulen und Bundeswehr](#). Die Entscheidung der Bundesregierung, keine
84 Rekrutierung Minderjähriger zum Dienst an der Waffe mehr zuzulassen war deshalb ein
85 richtiger Schritt. [\(Erläuterung: s. ver.di-Beschluss A 230 vom 3. Bundeskongress 2011\)](#)

86 Die Bundeswehr hat angesichts von kostspieligen und teils zweifelhaften
87 Auslandseinsätzen der vergangenen Jahrzehnte einerseits und Sparmaßnahmen
88 andererseits, wie sie auch andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge betrafen,
89 Infrastrukturdefizite und Ausrüstungsmängel bis hin zu unzureichender persönlicher
90 Kleidung von Soldat*innen zu beklagen. Erst langsam setzt sich die Einsicht durch,
91 dass die Organisation und Ausstattung von Streitkräften nach
92 Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten und unter Privatisierung vormals öffentlicher
93 Aufgaben wie Bewachung, Fahrdienst oder Verpflegung gerade im zivilen Bereich der
94 Bundeswehr ein Fehler war. Wie auch in anderen Bereichen gilt, dass der Staat eine
95 originär staatliche Aufgabe der Daseinsvorsorge wie Verteidigung auch in öffentlicher
96 Hand wahrnehmen muss. Die Behebung der bestehenden Mängel bedarf finanzieller Mittel.
97 Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine jedoch ad hoc Schulden in Form
98 eines Sondervermögens von 100 Milliarden Euro ausschließlich für die Bundeswehr aus
99 dem Ärmel zu schütteln, während andere Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge wie
100 KiTas, Schulen, Krankenhäuser und viele weitere öffentliche materielle und soziale

101 Infrastrukturen bekanntermaßen seit vielen Jahren unter massiven
102 Investitionsdefiziten leiden, ohne dass seitens der Bundesregierung auch nur
103 ansatzweise ähnliche Programme erwogen wurden, ist mehr als fragwürdig und wird daher
104 von ver.di abgelehnt.

105 Noch kritischer ist das Vorhaben der Bundesregierung zu sehen, das Zwei-Prozent-Ziel
106 der NATO dauerhaft erfüllen oder übererfüllen zu wollen. Abgesehen von den massiven
107 Mehrausgaben, die wir ablehnen, ausgehend von den derzeitigen Verteidigungsausgaben
108 in Höhe von ca. 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, werden Militärausgaben damit
109 an konjunkturelle Schwankungen gekoppelt, nach der sie bei guter Konjunktur stark
110 ansteigen, in einer Rezession aber auch sinken können. Das Zwei-Prozent-Ziel ist
111 keine geeignete Orientierungsgröße für die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr und
112 wird daher von ver.di abgelehnt. Konkrete Ausstattungsbedarfe der Bundeswehr müssen
113 politisch entschieden und öffentlich diskutiert werden. Sie bedürfen der
114 parlamentarischen Kontrolle und demokratischen Debatte und nicht eines
115 konjunkturabhängigen Automatismus. Der richtige politische Maßstab ist, die
116 finanzielle Ausstattung der Bundeswehr an dem zu bemessen, was zur Erfüllung ihrer
117 Aufgaben in der Landes- und Bündnisverteidigung erforderlich ist. Dafür setzt ver.di
118 sich auch im Interesse der Kolleg*innen in der Bundeswehr ein.

119 So bedrohlich der Krieg Russlands gegen die Ukraine keine 1.000 Kilometer von
120 deutschen Grenzen entfernt ist, es darf daraus nicht der Schluss einer ~~grenzenlosen~~
121 Auf- und Hochrüstung der Bundeswehr und der NATO gezogen werden. Das betrifft zum
122 einen die Entwicklung neuartiger Waffen und Waffensysteme und der Verwendung neuer
123 Technologien, wie „Künstlicher Intelligenz“. Weder dürfen öffentliche Hochschulen und
124 Forschungseinrichtungen auf die eine oder andere Weise, etwa durch strukturelle
125 Unterfinanzierung, dazu gedrängt werden, entsprechende Forschung durchzuführen (und
126 Zivilklauseln faktisch auszuhebeln), noch dürfen autonome Waffensysteme entwickelt
127 oder durch die Bundeswehr eingesetzt werden. ver.di fordert die Bundesregierung auf,
128 sich für die weltweite Ächtung autonomer Waffen einzusetzen. Zum anderen betrifft das
129 die mit der Anschaffung amerikanischer F35-Kampffjets bereits eingeleitete
130 Modernisierung der „nuklearen Teilhabe“ Deutschlands, die von ver.di abgelehnt wird.
131 Die zerstörerischen Folgen eines Einsatzes von Nuklearwaffen sind kaum berechenbar,
132 die Auswirkungen auf Menschen und andere Lebewesen hinsichtlich der Betroffenheit in
133 räumlicher und zeitlicher Hinsicht schwer einzugrenzen. Auch hier sollte sich die
134 Bundesregierung wie auch bezüglich anderer biologischer und chemischer
135 Massenvernichtungswaffen für eine weltweite Ächtung einsetzen und darauf hinarbeiten,
136 dass weitere Staaten dem Atomwaffensperrvertrag beitreten und selbst den
137 Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

138 Mit Sorge sieht ver.di die Fortdauer der viel zu vielen anderen Kriege und
139 gewaltsamen Konflikte in der Welt. Diese sind angesichts des Krieges in der Ukraine
140 teilweise weiter aus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt oder werden gar im
141 Schatten dieses Krieges intensiviert. Die Menschen auch in Konfliktregionen wie
142 Äthiopien, dem Jemen, Sudan, Iran und Syrien haben ein Recht auf Wahrung ihrer
143 körperlichen Unversehrtheit, ihrer Menschenrechte und ihrer Freiheit, auf ein Leben
144 frei von Armut und Not, ein Recht auf gute Arbeit und auf Zukunftsperspektiven. Die
145 internationale Staatengemeinschaft darf diese Menschen nicht vergessen und muss die
146 Bemühungen um friedliche Beilegungen dieser Konflikte verstärken.

147 Besonders besorgniserregend ist, dass nicht nur laufende Kriege und Konflikte in den
148 letzten Jahren nicht oder kaum weniger geworden sind, sondern dass auch geopolitische
149 Spannungen zwischen Weltregionen zugenommen haben und eine Rückkehr des Denkens in
150 Machtblöcken zu beobachten ist. Solche Denkweisen und daran ausgerichtetes Handeln
151 von Regierungen in den internationalen Beziehungen bedeuten einen gefährlichen
152 Rückschritt in Richtung vermehrter Konfrontation. Die Herausforderungen, vor denen
153 die Menschheit als Ganzes in diesen Tagen steht, lassen sich jedoch nur gemeinsam,
154 mit intensiverer Kooperation bewältigen. Es braucht daher dringend intensiver
155 Bemühungen Deutschlands und der internationalen Staatengemeinschaft, um allgemeine
156 und weltweite kontrollierte Abrüstung.

157 ver.di wirbt im DGB für einen erweiterten, umfassenden Sicherheitsbegriff, der nicht
158 nur auf militärische Sicherheit beschränkt ist, sondern auch soziale Sicherheit,
159 Gesundheit (Stichwort Pandemien), Versorgungssicherheit, eine faire Globalisierung,
160 ökologische Nachhaltigkeit, Klimaresilienz und nicht zuletzt
161 Geschlechtergerechtigkeit umfasst. Sowohl die Corona-Pandemie als auch die
162 Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels zeigen auf die eine oder andere
163 Weise, dass auf einem begrenzten Planeten mit Milliarden Menschen, die auf
164 vielfältige Weise voneinander abhängig und aufeinander angewiesen sind, letztlich
165 niemand sicher ist, bevor es nicht alle sind. Erst wenn eine solch umfassende
166 Sicherheit für alle Menschen realisiert ist, werden wir von einer gerechten und
167 dauerhaft friedlichen Weltordnung sprechen können. Eine Aufgabe für Generationen, an
168 deren Mitwirkung sich ver.di hier und jetzt im Rahmen der deutschen wie der
169 europäischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung wie auch der Friedensbewegung
170 verpflichtet sieht.

171 Diese Perspektive einer umfassenden Sicherheit für alle Erdenbürger*innen zu
172 verfolgen, muss aus Sicht von ver.di oberstes Ziel der internationalen
173 Staatengemeinschaft sein, das in ihren höchsten Institutionen wie den Vereinten
174 Nationen und ihrer Unterorganisationen verfolgt werden muss.